

Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2011

Sehr geehrter Bürgermeister Gromöller, sehr geehrter Beigeordneter Pott, sehr geehrte Damen und Herren des Rates, sehr geehrte Gäste,

in seiner Haushaltsrede 2011 hat der Bürgermeister als Perspektive den Blick vom Kirchturm gewählt. Nun ist der Havixbecker Kirchturm nicht so hoch, dass man bei dieser Position schon allen Daseinsbelastungen entrückt ist. Andererseits ist er auch nicht so niedrig, dass dem Betrachter jede Kleinigkeit ins Auge fallen muss. Der gewählten Perspektive folgend dürfen wir uns daher auf einige wenige Schwerpunktthemen bei der Würdigung der vor uns liegenden Fleißarbeit zurückziehen:

Getreu ihrem Wahlprogramm genießt für die CDU die Förderung der Bildung oberste Priorität. Allerdings unterliegen auch Bildungsaufwendungen in Zeiten leerer werdender Kassen einem Abwägungsgebot. Die CDU hat sich daher klar dafür ausgesprochen, in Kernbereichen der Bildung nach Möglichkeit auf Kürzungen zu verzichten, während Randbereiche eher für eine Verschiebung zur Verfügung stehen. Diesem Abgrenzungskriterium folgend hat die CDU schon bei den Haushaltsberatungen 2010 Investitionsüberlegungen in Richtung eines Kunstrasenplatzes befürwortet. Und was 2010 galt, gilt für die CDU auch noch 2011, d.h. die CDU unterstützt weiterhin das Anliegen der Havixbecker Sportvereine auf Errichtung eines Kunstrasenplatzes.

Dass Havixbeck mehr ist als eine bloße Schlafstadt von Münster, das beweisen die erfreulichen Einnahmeverbesserungen von über 1 Mio. € bei den Gewerbesteuern in 2010 gegenüber der Veranschlagung. Und selbst wenn die Gewerbesteuer als konjunkturabhängige Steuer sich oftmals schwankend zeigt, so erweist sich die Ansiedlung von Gewerbebetrieben neben der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen auch als haushaltskonsolidierender Faktor. Insofern begrüßt es die CDU, dass gegen Jahresende nach langwierigen Verhandlungen mit der Hohenholter Str. III die Gemeinde endlich wieder über vermarktbare Gewerbeflächen verfügt. Unsere Sorge ist allerdings, dass die Gemeinde zwar Grundstücke, aber nicht das heute in einer Kommunikationswirtschaft so unerlässliche technische Equipment – Stichwort: Breitbandversorgung – gewährleisten kann. Dabei hängt von der Qualität der Breitbandversorgung in steigendem Maße nicht nur die gewerbliche Neuansiedlung ab, sondern angesichts der zunehmenden Heimarbeitsplätze auch die Frage nach dem Verbleib in der Gemeinde bzw. dem Zuzug in die Gemeinde. Wenn man diesbezüglich die Ergebnisse der letzten 18 Monate mal auf sich wirken lässt, bekommt man den Eindruck, dass wir vor der Kommunalwahl zumindest in den Wortbeiträgen schon erheblich weiter waren. Und die Versorgung mit Breitbandtechnik erschöpft sich nicht in der partiellen Bereitstellung von Leerrohren. Wünschen wir uns alle, dass die in der nächsten Woche startende Breitbandoffensive der CDU mehr Erfolg bringt.

Neben Coesfeld ist Havixbeck die einzige Gemeinde im Kreis Coesfeld, der die Bezirksregierung in der Fortschreibung des Regionalplans Münsterland einen Rückgang bei der Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung voraussagt. Grund genug, alles daran zu setzen, dass dieses Szenario nicht Wirklichkeit wird. Auf

Antrag der CDU ist daher eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe ins Leben gerufen worden, die die konzeptionellen Vorbereitungen für die bauliche Weiterentwicklung der Gemeinde Havixbeck treffen soll. Dieser Arbeitskreis hat inzwischen schon seine Arbeit aufgenommen. Möge sie zum Wohle unserer Gemeinde ebenso erfolgreich sein wie die seines Vorgängers.

Wenn mancherorts eine schwindende Bereitschaft zu einem ehrenamtlichen Engagement beklagt wird, so können wir bisher erfreulicherweise in unserer Gemeinde in diesen Chor nicht mit einstimmen. Die CDU möchte daher allen Bürgerinnen und Bürgern Danke sagen, die sich aktiv in die Arbeit in Vereinen und Verbänden eingebracht oder im Stillen zur Förderung des Gemeinwohls gewirkt haben. Ihr tatkräftiger Einsatz trägt wesentlich mit dazu bei, dass unsere Gesellschaft sich ein mitmenschliches Antlitz bewahrt. Die ungekürzte Beibehaltung der Förderung der Vereine im Haushalt 2011 ist daher für die CDU Teil des Dankeschöns und gleichzeitig Anerkennung und Bestätigung für das gezeigte und sich hoffentlich fortsetzende Engagement.

Doch zurück zur Turmuhr des Bürgermeisters, auf der es 2 oder 3 Minuten vor der Haushaltssicherung ist. Noch bis zum 4. Advent wähten wir uns auf einem guten Weg, doch dann schneite uns das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 ins Haus. In der Sitzung am 17.02.2011 hat der Rat der Gemeinde in einer mit Mehrheit gefassten Resolution die rot-grüne Landesregierung aufgefordert, den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 zurückzunehmen und grundlegend im Sinne einer gerechten Verteilung der Finanzmittel zu überarbeiten. Auf weitere Einzelheiten kann daher an dieser Stelle verzichtet werden. Allerdings seien 2 Anmerkungen erlaubt:

1. Auch die CDU ist für die Einhaltung des Grundsatzes der Konnexität, d.h. wer belastende Gesetze beschließt, muss auch für ihre Finanzierung sorgen. Doch darum geht es nicht beim Gemeindefinanzierungsgesetz, sondern hier soll allein eine vorhandene Finanzierungsmasse anders (nach parteipolitischen Gesichtspunkten?) verteilt werden. Dass dies allein zu Lasten des ländlichen Raumes erfolgte, ist Fakt und dafür trägt nicht Berlin, sondern allein Düsseldorf die Verantwortung.

2. Wenn Sie, Herr Skirde, einmal wieder Ihre Eltern besuchen, dann sollten Sie einen kleinen Umweg machen und sich Ihrem Elternhaus aus Dortmunds Süden nähern: vorbei an Deutschlands größter Spielbank, an von Wäldern umgebenen noblen Vororten, vorbei an Romberg- und Westfalen-Park, die unseren Generationenpark mehr als bescheiden erscheinen lassen, an Deutschlands größter Fußballarena und Sporthallen mit nicht nur einem Kunstrasenplatz und vorbei an nur der Kunst gewidmeten Konzerthäusern, Bühnen und Theatern, während bei einem ähnlichen Kulturgenuss in Havixbeck Sie Schweiß- und Bratenduft umspielt. Wohlgermerkt: Wir fühlen uns ausgesprochen wohl in Havixbeck und neiden den Dortmundern nicht ihre Sehenswürdigkeiten, aber wir möchten schon darum bitten, beide Augen aufzumachen, bevor nur einseitige Vergleiche zur Begründung herangezogen werden.

Allerdings haben die Minderzuweisungen von ca. 1,16 Mio. € an Schlüsselzuweisungen in unserem Haushalt tiefe Spuren hinterlassen. Ohne diese Kürzung und die noch zu erwartende wäre das Tor zur Haushaltssicherung nicht so weit aufgestoßen worden. Aufgrund der Einseitigkeit des gewählten

Berechnungsmodus erleiden unsere Bemühungen zur Konsolidierung des Haushalts einen herben Rückschlag. All unsere Anstrengungen aus den vergangenen Jahren um die Schaffung von Arbeitsplätzen und einer hervorragenden Infrastruktur, um die Förderung von Gewerbeansiedlungen trifft uns finanztechnisch nunmehr negativ. Diese Finanzausstattung ist auf Dauer nicht auskömmlich und die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, dass durch die Finanzpolitik der Landesregierung alle bisherigen Bemühungen der Kommunen sich als Bumerang auswirken.

Und als wäre es mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz noch nicht genug der Grausamkeiten, plant, so ist zu hören, die rot-grüne Landesregierung die Einführung eines „Solidarpaktes Stadt“. Nach den bisher gemachten Erfahrungen steht zu befürchten, dass hier wieder die Gemeinden, die solide gewirtschaftet haben, zur Kasse gebeten werden sollen. Insgesamt also Grund genug, dem Haushalt nicht zuzustimmen, auch um ein Zeichen zu setzen gegen den erzwungenen Weg in die Haushaltssicherung und für die versprochene Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen.

Dank und Anerkennung verdient in diesem Zusammenhang – und das sollte man bei der sonst üblichen Kritik ob der Höhe der Kreisumlagen hier nicht unerwähnt lassen – der Kreis Coesfeld, der im Rahmen der Verabschiedung seines Haushalts ein beachtliches Entlastungspaket für die notleidenden Städte und Gemeinden geschnürt hat. Wenn auch damit der Verlust der Schlüsselzuweisungen des Landes nicht wettgemacht werden konnte, so ist die Reduzierung der Kreisumlage um fast 300.000 € mehr als ein bloßes Zeichen der Solidarität. Dabei ist besonders erfreulich, dass die Finanznot der Kommunen nicht nur Gehör gefunden hat bei der Mehrheitsfraktion der CDU, sondern auch bei den Damen und Herren der SPD. Hoffen wir, dass Herr Stinka im Interesse der Gemeinden in Düsseldorf ebenso stimmen wird wie in Coesfeld.

Nachdem im letzten Jahr wichtige und aufwändige Investitionsschwerpunkte wie Sanierung des Rathauses und Neubau der Münsterstr. auf den Weg gebracht wurden, steht neben der Erschließung des Gewerbegebietes Hohenholter Str. III im Haushalt 2011 eher die Planung zukünftiger Infrastrukturmaßnahmen wie der Ausbau der Wohnstraßen Im Stopfer im Mittelpunkt. Allerdings hinkt ein tragfähiges Zahlenwerk dieser Entwicklung immer noch hinterher. So fehlt beispielsweise immer noch eine testierte Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009. Zwar wurde uns in der letzten Woche eine vorläufige Eröffnungsbilanz vorgelegt. Doch erst das Testat des WP schafft Verlässlichkeit für das Zahlenwerk. Und wegen des Bilanzzusammenhangs fehlen auch Schlussbilanz und Jahresabschluss für die Jahre 2009 und 2010. Ohne diese gesicherten bilanziellen Grundlagen haftet dem Haushalt 2011 etwas von einem Überraschungsei an oder, um im Bild der letztjährigen Erfahrungen zu bleiben, wir sollen heute dem Haushalt zustimmen und erfahren morgen, dass versehentlich die notwendige Brandschutztreppe vergessen wurde.

Dabei ist gerade die Langzeitwirkung des Haushalts 2011 von weitreichender Bedeutung. Nach der vorliegenden Entwicklung der allgemeinen Rücklage wird es trotz des vom Rat beschlossenen Haushaltskonsolidierungsprogramms nicht gelingen, die Aufzehrung der allgemeinen Rücklage unter 5 % zu halten. Damit wird 2011 die erste Hürde in Richtung Haushaltssicherung gerissen. Dasselbe Schicksal und damit die unausweichliche Haushaltssicherung ereilt uns 2012, wenn nicht die Grundsteuern in 2012 drastisch, nach Vorschlag des Bürgermeisters um rund 53 %,

erhöht werden. Und genau das ist des Pudels Kern: Der Haushalt 2011 trägt gleichsam als Saat diese den Bürger ganz erheblich belastende Steuererhöhung in sich.

Diesen Weg allerdings wird die CDU nicht mitgehen. Er ist nämlich nicht sehr einfallsreich und zeugt nicht unbedingt von einer bürgerfreundlichen Verwaltung. Nach Auffassung der CDU von bürgerschaftlichem Miteinander kann nämlich eine Steuererhöhung nicht am Anfang der Diskussionen stehen, sondern allenfalls das Ergebnis eines offen geführten Abwägungsprozesses sein. Die CDU spricht sich daher dafür aus, den in ihren Augen notwendigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Notwendigkeit einer oder den Alternativen zu einer Steuererhöhung hier und heute zu beginnen und ergebnisoffen zu führen. Es ist zwar bedauerlich, dass der Bürgermeister angesichts seiner festen Absicht zur Steuererhöhung das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern nicht eher gesucht hat. Die Notwendigkeit hätte er erkennen müssen, denn immerhin hatte die für den Bürgermeister durchgeführte Umfrage der AFG gezeigt, dass nur 5,3 % der Havixbecker sich mit einer Erhöhung der Grundsteuer B anfreunden könnten. Es ist also wertvolle Zeit vertan worden, die uns allerdings nicht von dem Erfordernis des Führens dieses Dialogs enthebt. Denn nur bei einer gegebenen Mitwirkungsmöglichkeit und der aktiven Einbeziehung der Ideen von Bürgerinnen und Bürgern bei der Erarbeitung von Sparvorschlägen kann die Politik eine Akzeptanz bei der späteren Umsetzung erwarten.

Dem vorliegenden Haushaltsentwurf stimmt die CDU nicht zu. Die Ablehnung ist nicht nur der einseitigen Benachteiligung des ländlichen Raums durch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 geschuldet, sondern vor allem den Unsicherheiten und der Perspektivlosigkeit des Haushalts gerade mit Blick in die Zukunft. Es ist zwar das erste Mal in mehr als 60 Jahren, dass die CDU einem Haushaltsentwurf nicht zustimmt. Mehr als 60 Jahre hat die CDU entweder allein oder gemeinsam mit anderen Parteien dazu beigetragen, dass Havixbeck heute das ist, was wir alle als so lebens- und liebenswert erachten. Die CDU weiß also um ihre Verantwortung für die politische Handlungsfähigkeit der Gemeinde und hat insofern auch keinen Nachhol- oder Belehrungsbedarf. Doch gerade dieses Wissen um die Verantwortung zwingt nach Überzeugung der CDU in einer Zeit gravierender Weichenstellungen für die Zukunft zu der vorgetragenen Entscheidung.

Abgelehnt wird seitens der CDU auch der vorgelegte Stellenplan. Mit Beschluss vom 09.12.2010 hat der Rat den Bürgermeister aufgefordert, ein der Änderung des Stellenplans angepasstes Organisationsschema zu den Haushaltsberatungen vorzulegen. Dies ist bis heute nicht geschehen. Außerdem fehlt es nach wie vor an dem zugesagten Personalentwicklungskonzept. Damit sind aber wesentliche Voraussetzungen, die eine Zustimmung zum Stellenplan möglich machen, nicht gegeben.

Im Namen der CDU-Fraktion möchte ich mich bei Ihnen, Herr Bürgermeister, und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren Einsatz und ihre Unterstützung im zurückliegenden Jahr bedanken. Bei den anderen Fraktionen und insbesondere ihren Vorsitzenden bedanke ich mich für die sachliche Auseinandersetzung und stets am Gemeindewohl orientierte Zusammenarbeit.

Hans-Gerd Hense